

# In China stehen die Zeichen auf Sturm

(Letzter Teil)

## Das "Wunder des Südens": Ausbeutung pur

Nach dem Tiananmen-Massaker war der Kurs des chinesischen Regimes zwei Jahre lang ungewiß, da die "Hardliner", die den kapitalistischen Sektor beschneiden wollten, gegenüber den sogenannten Reformern zeitweise die Oberhand zu gewinnen schienen. Doch auf dem XIV. Parteitag im Jahre 1992 umriß Deng im wesentlichen den Kurs, den er seitdem verfolgt hat: Das wirtschaftliche Wachstum, das von der Ausdehnung des kapitalistischen Sektors im Süden herrührt, nutzen, um die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, und gleichzeitig das absolute politische Machtmonopol der Kommunistischen Partei erhalten. In einem seltenen Ausflug aus den Peking Festungsmauern nach Shenzhen, der reichsten Freihandelszone in Guandong, bereitete Deng den Kongreß vor, indem er den Beitrag der privatwirtschaftlichen Produktion zu Macht und Ansehen Chinas rühmte. Der Parteitag erlebte den Niedergang von Chen Yun, der während der Kulturrevolution als "Rechtsoppositioneller" gebrandmarkt worden war, da er für das sowjetische Modell der wirtschaftlichen Entwicklung eintrat, und der nun als "Linker" etikettiert wurde, da er den kapitalistischen Sektor offen kritisierte. Darum bemüht, seine Position als Vermittler zwischen den Fraktionen der Partei zu behalten, gelang es Deng gleichzeitig, den Einfluß der "Markt-Enthusiasten" voranzubringen. Das Ergebnis hieß: volle Kraft voraus für die Freihandelszonen.

Die vier Freihandelszonen Guandong, nicht weit von Hong Kong gelegen, sind zum Bahnbrecher des sich entwickelnden kapitalistischen Sektors in China geworden. Als sie 1980 gegründet wurden, zogen sie vor allem Investitionen im Tourismus- und Grundstücksbereich an. Doch Mitte der 80er Jahre haben sich die ausländischen Investoren auf arbeitsintensive, exportorientierte verarbeitende Leichtindustriebereiche wie Textilien, Spielzeug und Bekleidung verlegt. Aber es gab ebenso ein Wachstum in anderen, wesentlich komplexeren Sektoren:

"Während China seinen Erfolg besonders den geringen Lohnkosten zu verdanken hat (1992 machten Textilien und Schuhwaren ein Drittel der 85 Milliarden Dollar Exporteinnahmen aus), wächst jedoch der Export von Maschinen, elektronischen Produkten und Transportmitteln am schnellsten. Durch hohe Beteiligung von ausländischen Investoren in kapitalintensiven Bereichen ist im Export von Maschinen

und Transportmitteln eine Steigerung von 86% in den ersten neun Monaten des Jahres 1992 gegenüber 1991 erzielt worden. Im letzten Jahr machte der Handel dieser Güter einen Anteil von 16% des Exports im Vergleich zu nur 6% im Jahre 1988 aus" (*Financial Times*, 16.02.1993).

In den letzten Jahren ist China zu einem sehr begehrten Absatzmarkt für ausländische Investoren geworden. Zwischen 1979 und 1991 wurden ca. 20 Milliarden Dollar in China angelegt. Im Jahre 1992 allein flossen weitere 11 Milliarden Dollar, um Extraprofite durch die entscheidenden ökonomischen Ressourcen Chinas, nämlich billige und zahlreiche Arbeitskräfte, zu erwirtschaften. Ungefähr ein Viertel dieser Investitionen stammt aus den USA, Japan und Westeuropa; der Rest hauptsächlich von den anderen ostasiatischen "Tigern".

Ursprünglich gab es in den Freihandelszonen Beschränkungen über den Umfang ausländischen Eigentums, über Einstellungs- und Entlassungspraktiken sowie über die Rückführung von Profiten in das Heimatland. Doch Mitte

der 80er Jahre drohten einige Hauptinvestoren vollständig abzuziehen, falls die Regierung die Bestimmungen nicht lockere. Das Deng-Regime, aufgrund der gescheiterten Marktreflexionen ohnehin bereits in der Defensive, gab immer wieder nach, bis Guandong bald auf unangenehme Weise den berüchtigten "ausländischen Konzessionen" vorrevolutionärer Zeiten ähnlich sah. Heutzutage liefert Guandong den "Tigern" billige Arbeitskräfte und ein Steuerparadies, vergleichbar den "Maquiladora-Zonen" in Nordmexiko für die US-Kapitalisten. Hong Kongs Firmen beschäftigen drei Millionen IndustriearbeiterInnen in Guandong, aber lediglich 680.000 in Hong Kong. Die Ausgabe des *Forbes*-Magazins vom 5. August 1991 schwärmte, daß Guandong eine "himmlische Heirat" sei, die "den geschäftlichen

Scharfsinn, die Technologie und das Kapital von Hong Kongs Industrie mit der unerschöpflichen Quelle billiger chinesischer Arbeitskräfte" verbinde.

Aber der Himmel der Kapitalisten ist die Hölle für die ArbeiterInnen. Mit der Erlaubnis, nach Belieben ArbeiterInnen einzustellen und zu entlassen, haben ausländische Kapitalisten in Guandong die schrecklichsten Bedingungen der vorrevolutionären Ausbeuterbetriebe wiederhergestellt. "Wir sind hier kein Fürsorge-Verein," verkündete der



Deng: Idol in den Freihandelszonen - Ausverkäufer an die Imperialisten

Manager einer Elektronik-Firma. "Wenn mich ein Arbeiter nicht zufriedenstellt, fliegt er raus." Richard Smith berichtet:

"Niemand geringeres als *Business Week* berichtet, daß die 12.000 Arbeiter der Shekou-Fertigungsanlage von Kader Enterprises Ltd, Hong Kongs größtem Spielzeughersteller, 14 Stunden pro Tag - und oft sieben Tage die Woche - für ungefähr 21 US Dollar im Monat arbeiten. Die meisten Beschäftigten sind Frauen zwischen 17 und 25 Jahren, aber viele sind noch Kinder, einige nicht älter als 12 Jahre. Sie schlafen zu sechst in einem Schlafsaal des Betriebs. Ein Kader-Leiter erklärt: 'Wir können diese Mädchen Tag und Nacht arbeiten lassen, was in Hong Kong unmöglich wäre. Diese Art von Arbeitskräfte könnten wir nicht bekommen, selbst wenn wir willens wären, uns auf das Lohnniveau Hong Kongs einzulassen.'"

Noam Chomsky zitiert einen Bericht von Sheila Tefft in *Christian Science Monitor* über ein Feuer im November 1993, das "81 Frauen tötete, die 'hinter vergitterten Fenstern und versperrten Ausgängen' gefangen waren, und über ein weiteres ein paar Wochen später, daß 60 Arbeiter in einer Textilweberei einer taiwanesischen Firma tötete. Mehr als 11.000 chinesische ArbeiterInnen sind in den ersten acht Monaten des Jahres 1993 bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen, das sind laut Aussagen des Arbeitsministeriums doppelt so viele wie 1992. 'Chinesische Funktionäre und Analytiker erklären, daß die Unfälle von den furchtbaren Arbeitsbedingungen herrühren, die, zusammen mit langen Arbeitszeiten, schlechter Bezahlung und sogar körperlichen Züchtigungen, noch nie dagewesenen Aufruhr unter den Arbeitern der boomenden ausländischen Joint Ventures verursachen.' 'Die Spannungen offenbaren die große Kluft zwischen den wettbewerbsorientierten ausländischen Kapitalisten, die durch die billigen chinesischen Arbeitskräfte angelockt werden, und den Arbeitern, die an die sozialistische Garantie des Arbeitsplatzes und das lebenslange soziale Netz gewöhnt sind'" (*Lies Of Our Times*, März 1994).

In einem *New York Times*-Artikel fordern Zhao Haiching und Fang Lizhi (der berühmte Dissident und Astrophysiker, der jetzt an der University of Arizona lehrt) die Clinton-Regierung auf, unter Beibehaltung der Handelsbeziehungen Druck auf das Regime bezüglich der "Menschenrechte" auszuüben:

"Herr Clinton sollte die 'Meistbegünstigungsklausel' von Regierungs-kontrollierten Unternehmen zurückziehen, und so das Regime zum Wandel zwingen. Aber er sollte sie nicht für den privaten Sektor aufgeben, denn dieser braucht Anreize, um zu wachsen" (*New York Times*, 07.04.94).

Offensichtlich spielt das Recht, sich nicht zu Tode zu arbeiten oder nicht in der Fabrik "geopfert" zu werden, bei den "Menschenrechten", die von den chinesischen Dissidenten und dem US State Department vertreten werden, keine große Rolle.

### **Die Industrie auf dem Land: Zwischen Plan und Markt**

Chinas "ländliche Industrien" (oder Kollektive), die Ende der 70er Jahre von der Regierung als Teil des Reformpaketes geschaffen wurden, befinden sich in einer Mittelstellung zwischen privater und staatlicher Wirtschaft. Diese ländlichen Industrien begannen überwiegend als kleine Arbeitsstätten, die gebrauchte Maschinerie des Staatssektors benutzten und die auf die Produktion für den einheimischen Markt - Baumaterial und Konsumgüter - als auch auf Exporte ausgerichtet waren. Sie existieren nun in vielen städtischen Regionen, operieren außerhalb der staatlichen Plan-

wirtschaft und, während die meisten den Kommunalregierungen gehören und von diesen geleitet werden, befindet sich immerhin ein beträchtlicher Prozentsatz in Privathänden. Selbst die Industrien, die sich im Besitz der Kommunalregierungen befinden, werden teilweise an private Erzeuger verpachtet, während andere wiederum in Joint Ventures Aktien an ausländische Kapitalisten verkauft haben.

Die kommunalen Kollektive sind wesentlich abhängiger vom Markt als staatliche Firmen. Im allgemeinen sind sie gezwungen, ihre Produkte auf dem freien Markt zu verkaufen und Maschinen und Rohstoffe zu kaufen, was durch Profite finanziert werden muß. ArbeiterInnen in diesen Firmen werden vor allem nach Akkord entlohnt. Im Gegensatz zu staatlichen Unternehmen bieten ländliche Industrien ihren ArbeiterInnen in der Regel weder eine Unterkunft noch eine soziale Absicherung. Aber die Kollektive sind nicht vollständig der Logik des Marktes unterworfen. Kommunalregierungen zwingen diese Firmen oft, mehr ArbeiterInnen zu beschäftigen als sie brauchen, um so die Arbeitslosigkeit auf dem Land, die seit der De-Kollektivisierung krisenhafte Ausmaße erreicht hat, zu lindern. Auch werden Profite häufig zur Unterstützung der lokalen Landwirtschaft umgeleitet und Unternehmen, denen der Untergang bevorsteht, werden subventioniert.

Manche Sozialdemokraten wie Robin Blackburn haben die ländliche Industrie als eine Art "dritten Weg" zwischen privatem und gesellschaftlichem Eigentum beschrieben. Aber tatsächlich sehen sich diese durch den privaten Sektor einer wachsenden Konkurrenz gegenüber. Die ländliche Industrie boomte bis zur Mitte der 80er Jahre, aber Richard Smith zufolge hat sie seitdem an Boden verloren:

"... kapitalistische Privatfirmen, obwohl in der Regel viel kleiner und mit primitiverer Technologie arbeitend, und oft durch die Kommunalregierungen schikaniert und willkürlich besteuert, haben nichtsdestoweniger immer häufiger die kommunalen Unternehmen überholt ... denn sie haben geringere Kosten an Arbeitskräften, sie operieren mit billigeren ArbeiterInnen, sie beuten billigere WanderarbeiterInnen aus, sie bieten wenig oder gar keine sozialen Dienste, und sie können Fabriken schließen und die ArbeiterInnen entlassen, wenn die Nachfrage zurückgeht und neu beginnen, wenn es profitabel ist .... Sie können auch leichter ihre Einnahmen verbergen, Steuern hinterziehen und so einen größeren Teil ihrer Profite behalten ... Es ist festzuhalten, daß in Anbetracht der steten und scheinbar unaufhaltsamen Ausdehnung des Marktes auf dem Land, insbesondere in der Küstenregion, es unwahrscheinlich ist, daß die kollektiven Firmen mit ihren zusätzlichen wirtschaftlichen Belastungen auf die Dauer mit den billigeren Privatproduzenten konkurrieren und überleben können. Es ist fast sicher, daß diese kollektiven Industrien eine Transformation erfahren: von staatlichen Kleinunternehmen zu staatskapitalistischen Kleinunternehmen oder direkt zur vollständigen Privatisierung."

Die vor kurzem vom Nationalen Volkskongreß beschlossenen Steuerreformen haben es staatlichen Einrichtungen wesentlich schwerer gemacht, die Kollektive zu subventionieren. Dies kann die Tendenz zur Privatisierung nur beschleunigen, wenn diese Betriebe überleben wollen.

### **Eine Doppelwirtschaft**

Die chinesische wirtschaftliche Entwicklung der jüngsten Vergangenheit läßt bei gründlicher Betrachtung erkennen, daß sich das Land nicht auf den "Marktsozialismus" zubewegt. Auch unternimmt die Bürokratie nicht bewußt den Versuch, China in ein kapitalistisches Land zu verwandeln mit über 20 Millionen KPCh-Mitgliedern als einer neuen kapitalistischen Klasse. Jene Elemente der herrschenden

Oligarchie, insbesondere in den Freihandelszonen, denen es gelungen ist, persönliche Reichtümer anzuhäufen, befürworten zweifellos die umfassende kapitalistische Restauration. Eine solche Gesinnung erstreckt sich bis in das Offizierskorps der Volksbefreiungsarmee hinein, welches ebenfalls eng mit dem privaten Sektor verweben ist. Aber die höchsten Ränge der herrschenden Partei bleiben dem Staatseigentum verbunden.

Noch immer wird China von einer einzigen politischen Macht geführt, an der jedoch zentrifugale Kräfte reißen. Die KPCh herrscht über eine Wirtschaft, die tief in zwei grundsätzlich unvereinbare Teile gespalten ist: einen staatlichen Sektor auf der einen und einen privaten Sektor auf der anderen Seite. Alle Versuche, eine kollektivierte Wirtschaft durch Marktformen wiederzubeleben, müssen letztendlich scheitern, denn damit der Markt richtig funktioniert, ist Privateigentum an den Produktionsmitteln nötig. Die Bürokratie ist mit ihrer neuen Version der imperialistischen "Offenen-Tür"-Politik dabei, Teile Chinas an das ausländische Kapital abzutreten, und sie ermöglicht einheimischer klein-kapitalistischer Produktion im ganzen Land Fuß zu fassen.

Deng und seine Gruppe wünschen vielleicht inbrünstig, daß der private Sektor weiterhin eine zweitrangige Rolle spielen möge, aber sie werden zwangsläufig feststellen, daß Kapital böse, nicht gutartig, ist. Es wird versuchen, in jede Pore der Wirtschaft einzudringen und wird schließlich eine ihm selbst untergeordnete Staatsmacht verlangen, d. h. die Zerstörung des chinesischen Arbeiterstaates und des bürokratischen Regimes, das gegenwärtig an dessen Spitze steht.

Vor zehn Jahren zeichneten staatseigene Betriebe für mehr als 80% des industriellen Outputs Chinas verantwortlich. Heute ist diese Ziffer auf 50% zurückgegangen und sinkt noch immer. In der Ausgabe des *Asian Wall Street Journal* vom 28. März 1994 wird über die Probleme des staatlichen Sektors in Chong-qing (dem früheren Chungking) berichtet:

"Jetzt unterliegen alle diese Fabriken Konkurrenten aus reicheren Küstenregionen. Offiziellen Schätzungen zufolge sind nahezu 45% aller staatlichen Fabriken in Chong-qing unrentabel, verglichen mit 35% vor einem Jahr. In niedergehenden Industrien wie Textil und Kautschuk steigt der Anteil auf 70% an. Die Folge ist, daß Tausende von ArbeiterInnen nach Hause geschickt wurden, in 'unbegrenzten Urlaub', wie das in dieser Region genannt wird, als ihre Betriebsleiter die Produktion ganz oder teilweise einstellten. Nach offiziellen Angaben machen mehr als 200.000 Chong-qing ArbeiterInnen 'Urlaub', wobei sie einen Betrag von nur 60 Yuan monatlich zum Leben erhalten, weniger als ein Viertel des Lohnes eines Durchschnittsarbeiters in der Stadt."

Die Einführung eines kapitalistischen Sektors hat einen tiefen Keil in den deformierten Arbeiterstaat getrieben. Bürokraten in prosperierenden südlichen Küstengebieten streben nach größerer Unabhängigkeit von Beijing, während bei Bewohnern des ärmer werdenden Binnenlandes zunehmend Unmut über den Sonderstatus aufkommt, der dem Süden gewährt wird. Im Juni 1993 stürmten Tausende Bauern Regierungszentralen in einer Stadt der zentralchinesischen Provinz Si-chuan und hielten lokale Funktionäre gefangen, während sie ihre Unzufriedenheit lautstark äußerten. Dies war nur der bedeutendste von über 200 derartigen Vorfällen, die von der chinesischen Regierung seit 1992 berichtet wurden. Eine Unmenge von willkürlichen neuen Steuern, die von Provinzbürokraten erhoben worden waren, hatten, wie verlautete, die Bauern erzürnt; letztere versuchten damit, ihren Lebensstandard auf die Höhe ihrer wohlhabenden Pendanten der südlichen Küste anzuheben. Eine andere Anklage lautete, daß Bauern für Getreidelieferungen nicht

bezahlt wurden; statt dessen wurden ihnen Schuldscheine ausgehändigt.

Die Vorkommnisse werfen ein Schlaglicht auf die tiefen sozialen Spannungen, die aus dem wirtschaftlichen Ungleichgewicht zwischen den Städten und dem Land, den Küstenregionen und dem Binnenland erwachsen sind. Doch die große Mehrheit des chinesischen Volkes lebt im Landesinnern, und genau dort mobilisierte Mao Tse-tung die Bauernarmeen, die ihn an die Macht brachten. Die Bauernschaft war historisch der Hauptpfeiler der Unterstützung der Kommunistischen Partei gewesen. Massenhafte Unzufriedenheit der Bauern könnte der Anfang vom Ende der Mao-Erben sein.



Der "große Steuermann": 20 Jahre nach seinem Tod verscherbte die Erben den Nachlaß

Die sich verbreiternde Kluft zwischen Küste und Hinterland hat Auswirkungen nicht nur auf die Zukunft des chinesischen Arbeiterstaates; sie gibt auch einen Hinweis darauf, wie ein kapitalistisches China aussehen könnte. Der Rest Chinas kann nicht einfach der Provinz Guangdong und den anderen Freihandelszonen auf dem Weg der durch Export vorangetriebenen Industrialisierung folgen. Auf dem Weltmarkt mag es für den Export einiger kleiner asiatischer "Tiger" Platz geben, aber Konsumenten für den Export eines Landes von zwei Milliarden Menschen existieren ganz einfach nicht. Die kapitalistische Durchdringung beginnt bereits, China ein ökonomisches Profil aufzuerlegen, das in der "Dritten Welt" nur allzugut bekannt ist: kleine Inseln städtischen Wohlstandes, umgeben von wuchernden Slums und noch größeren Meeren ländlicher Armut.

Das Regime scheint zunehmend machtlos, das ständige Wachstum des privaten Sektors aufzuhalten. Versuche Beijings, ein gewisses Maß an zentraler Kontrolle wieder geltend zu machen, stießen 1994 auf Widerstand des Nationalen Volkskongresses, einer gesetzlichen Körperschaft, die Mao geschaffen hatte, um die Parteipolitik automatisch absegnen zu lassen:

"Die Abschlußsitzung des Kongresses bot einigen Delegierten eine Gelegenheit, ihr Mißfallen über die Politik Beijings zu erklären. Nachdrücklich wurden die Differenzen demonstriert, als etwa 20% der 2.721 anwesenden Abgeordneten gegen das neue Staatshaushaltsgesetz stimmten oder der Abstimmung fernblieben. Der Grund hierfür ist, daß das Gesetz Provinzregierungen verpflichtet, lokalen Kongressen den jährlichen Etat zur Genehmigung vorzulegen und sich dann daran zu halten. Das Gesetz untersagt Provinzregierungen auch, Schuldscheine auszugeben. Der diesjährige Haushaltsplan, der ein neues Steuersystem einschließt, mit dem ein Auffüllen des zentralen Staatssäckels bezweckt wird, erzielte ebenfalls ein bemerkenswert schlechtes Abstimmungsergebnis. Die diesjährigen Gegenstimmen waren nur ein Hinweis auf die Unzufriedenheit hinter den Kulissen. 'Es gab viel Verwirrung über die Reformen [vom November 1993] im allgemeinen und viele Beschwerden über die neue Steuerreform im besonderen', erklärt ein Regierungsfunktionär, der an vielen Gruppensitzungen der Provinzen teilgenommen hatte. Vizepremier Zhu Rongji umriß die weitreichenden Reformen des letzten Jahres in einem Versuch, die verwickelten und hartnäckigen Probleme zu lösen, die Chinas Übergang von der zentral geplanten zur Marktwirtschaft behindern. Neben einem neuen Beitragssystem der Steuereinnahmen für das Zentrum und die Regionen beinhaltet Zhous Programm eine Reform des Bankwesens, der Devisenverordnungen und kränklicher Staats-

betriebe. Die Reformen zielen auch darauf ab, der Zentralregierung sowohl dabei zu helfen, etwas von ihrer früheren Autorität zurückzugewinnen, als auch dringend benötigte Gelder aus Chinas zunehmend finanziell unabhängigen Provinzen zu erhalten" (*Asian Wall Street Journal Weekly*, 28.03.94).

## Die Bilanz

Die trotzkistische Bewegung wurde in einem politischen Kampf zur Verteidigung des marxistischen Programms der Weltrevolution gegen die stalinistischen Verfälscher geboren, die behaupteten, daß ein autarker Sozialismus innerhalb der Grenzen eines einzigen, rückständigen, vorwiegend bäuerlichen Landes aufgebaut werden könne. Marx, Engels und Lenin folgend argumentierte Trotzki, daß es unmöglich sei, eine sozialistische, d. h. die klassenlose Gesellschaft, aufzubauen, solange Mangel die vorherrschende Charakteristik des ökonomischen Lebens bleibe und solange die Produktion hauptsächlich auf kleinen Bauernparzellen stattfände. Die sozialistische Weltrevolution, im relativ rückständigen zaristischen Rußland begonnen, werde nur dann als Sieger hervorgehen können, wenn sie in den Metropolzentren der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt triumphiere. Das ausführende Organ der internationalen Revolution könne nur eine Klasse sein, die im Herzen der modernen kapitalistischen Weltwirtschaft angesiedelt ist, und diese Klasse sei das Proletariat.

Der politische Vorläufer der Internationalen Bolschewistischen Tendenz, die internationale Spartacist Tendenz, entstand in Opposition zum Pabloismus, einer revisionistischen Strömung innerhalb der trotzkistischen Vierten Internationale, die nach historischen Kräften suchte, die an die Stelle der Arbeiterklasse als dem ausführenden Organ der Revolution treten sollten. Eines der verführerischsten Argumente, die zentrale Rolle der Arbeiterklasse in Frage zu stellen, war die eindrucksvolle Realität der chinesischen Revolution.

Als Ergebnis von Chiang Kai Tscheks blutiger Unterdrückung einer beginnenden Arbeiterrevolution 1927 in Schanghai - ein Fiasko, das durch das Versagen der stalinistischen Komintern herbeigeführt worden war - kehrte die Kommunistische Partei Chinas unter der Führung von Mao Tse-tung der Arbeiterklasse für immer den Rücken. Mao reagierte auf die Niederlage von 1927, indem er auf das Land ging und eine Basis unter der Bauernschaft aufzubauen begann. Die Bauernarmee der KPCh leistete während des II. Weltkrieges Widerstand gegen die Japaner und hielt an der Küste die US-unterstützten Armeen des Reaktionärs Chiang Kai Tschek zurück. Bis zur Eroberung der Macht 1949 blieb Mao dem stalinistischen Gedanken vom "Sozialismus in einem Land" treu und ging daran, einen selbständigen chinesischen Bauernsozialismus aufzubauen.

Die chinesische Revolution war ein welthistorisches Ereignis. Sie veränderte das gesamte Kräfteverhältnis auf dem asiatischen Kontinent zum Nachteil des Imperialismus. China erkämpfte im Koreakrieg gegen die USA ein Patt, und die Existenz des chinesischen deformierten Arbeiterstaates ermutigte die aufständischen stalinistischen Bewegungen Indochinas. An der inneren Front befreite die Revolution die Bauernmassen von jahrhundertelanger Leibeigenschaft, emanzipierte die Frauen vom buchstäblich erdrückenden Joch der Versklavung im Haushalt, machte dem Kreislauf von Hunger und Seuchen ein Ende, der das Land seit undenklichen Zeiten verwüstet hatte und hob das allgemeine Niveau des Gesundheitswesens, der Bildung und des materiellen Lebensstandards für Hunderte von Millionen an.

Zur Zeit der sino-sowjetischen Spaltung in den frühen 60er Jahren entwickelte sich der Maoismus zu einem Pol, der auf der ganzen Welt Mitglieder kommunistischer Parteien anzog, die sich über die klassenkollaborierende Politik ihrer moskauorientierten Führer keinen Illusionen mehr hingaben. Maos Regime - mit seinen Polemiken gegen den "modernen Revisionismus" und der Schärfe, mit der es den US-Imperialismus verbal konfrontierte, mit seiner Vorliebe für inszenierte Massenmobilisierungen und moralischen, im Gegensatz zu materiellen, Anreizen zum Aufbau des "Sozialismus" - lieferte etwas, das eine links-stalinistische Alternative zur farblosen Kremlogarchie zu sein schien.

Die Maoisten verhöhnten die Trotzkisten, die erklärten, daß sich die chinesische Führung trotz der beachtlichen Errungenschaften der chinesischen Revolution dem Wesen nach nicht von ihrem sowjetischen Rivalen unterschied. Die revolutionäre Spartacist Tendenz der 60er Jahre behauptete, daß Beijings kämpferische antiimperialistische Rhetorik für ein paar Brosamen von Washingtons Tisch aufgegeben werden könnte und betonte, daß mit dem Geschrei egalitärer Parolen in Maos "Großer Proletarischer Kulturrevolution" in Wirklichkeit nur ein Nebelschleier über eine innerbürokratische Auseinandersetzung geworfen werden sollte. Spätere Entwicklungen haben diese Einschätzung bestätigt. Es hat sich gezeigt, daß die chinesische Bürokratie in der Tat nicht revolutionärer als die sowjetischen Stalinisten und auch nicht fähiger war, eine isolierte sozialistische Gesellschaft zu erschaffen oder die Interessen des internationalen Proletariats voranzutreiben.

Jonas Savimbi, Augusto Pinochet, Pol Pot, das sind nur einige der Freundschaften, die die chinesischen Bürokraten im Lauf ihrer schmutzigen zwanzigjährigen Allianz mit dem US-Imperialismus kultiviert haben. Suhartos Putsch 1966 in Indonesien, bei dem über eine Millionen linker ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen abgeschlachtet wurden, war die unmittelbare Folge der klassenkollaborierenden Politik, die der Kommunistischen Partei Indonesiens von ihren Schirmherren in Beijing aufgedrängt worden war. Die Schuld für diese entsetzlichen Fälle von Verrat kann nicht den "kapitalistischen Wegbereitern" zugeschoben werden, die gegen Mao innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas opponierten, denn sie alle ereinigten sich zu Maos Lebzeiten und hatten den Segen des "großen Steuermanns" höchstpersönlich.

Heute gibt das Regime Deng Xiaopings auch an der inneren Front dem Kapitalismus nach. Deng ist sich wahrscheinlich bewußt, daß die ausländischen Investoren, die jetzt Guangdong beherrschen, keine Freunde des kollektivierte Eigentums oder der KPCh-Bürokratie sind. Aber andererseits weiß er, daß die wachsende Konsumkultur in den Küstengebieten Chinas eine der wenigen verbliebenen Stützen des Regimes darstellt. Deshalb folgt auf jeden Versuch, Importe einzuschränken und Austeritätsmaßnahmen aufzuerlegen, eine Welle allgemeiner Unzufriedenheit, die Deng zu den ausländischen Bankiers und Kapitalisten zurückhasten läßt.

Maoisten mögen anführen, daß sich Deng stets Maos wirtschaftlichen Rezepten widersetzt habe. Und es ist wahr, daß Deng vor der Kulturrevolution die rechte Hand von Liu Shaoqi war, der von den Maoisten als oberster "kapitalistischer Wegbereiter" beschimpft wurde. Aber Dengs Fraktion errang die Macht erst, nachdem maoistische Wahnsinnsanfälle und Moralpredigten China zweimal an den Rand des Ruins gebracht hatten. Der "Große Sprung nach vorn" zog eine Hungersnot nach sich. Die Kulturrevolution brachte die Wirtschaft zum Erliegen. Jetzt sind die Konsequenzen der Experimente der Deng-Fraktion mit dem "Marktsozialis-

mus" ebenfalls klar; sie verkauft große Brocken des Landes an ausländisches Kapital, denn sie sieht keine andere Alternative. Der chinesische Stalinismus hat, kurz gefaßt, das Ende der Fahnenstange erreicht.

Die Macht der herrschenden stalinistischen Kaste rührt von der Kontrolle des zentralen Verwaltungsapparates der kollektivierten Wirtschaft her. Heute können Millionen von KPCh-Funktionären erkennen, daß das Wachstum des privaten Sektors ihre Privilegien bedroht. Dieser "konservative" Teil der Bürokratie bleibt ein wichtiger politischer Faktor mit einer potentiellen Basis unter den hundert Millionen ArbeiterInnen und Bauern, die wissen, daß weitere "Marktformen" auf ihre Kosten gehen. Aber wie in der UdSSR sind die sogenannten Hardliner demoralisiert und zynisch, und sie genießen weder weitverbreitete Unterstützung noch besitzen sie irgend etwas wie ein klares, konkretes Programm.

Bei jeder zukünftigen Konfrontation werden wir militärisch mit den Elementen der Bürokratie einen Block bilden, die versuchen, das kollektivierte Eigentum gegen die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution zu verteidigen, genauso wie wir die Seite der sowjetischen Stalinisten bezogen haben, als sie im August 1991 ihren letzten erbärmlichen Versuch unternahmen, sich an der Macht festzuklammern. Aber wir hegen keine Illusionen bezüglich der Fähigkeit der Stalinisten, das zu verteidigen, was von der chinesischen Revolution an Errungenschaften übriggeblieben ist. Das ist die historische Aufgabe des chinesischen Proletariats, einer Klasse, der das gegenwärtige Regime immer Mißtrauen und Feindseligkeit entgegengebracht hat, die aber ihre Bereitschaft gezeigt hat, die "eiserne Reisschüssel" zu verteidigen, die Mao 1949 versprach.

Obwohl die Informationen vage sind, besteht kein Zweifel daran, daß sich die ArbeiterInnen in ganz China der skrupellosen Ausbeutung durch ihre neuen ausländischen Fabrikherren spontan widersetzen, wie auch den Versuchen ihrer alten bürokratischen Aufseher, sie der bestehenden sozialen und ökonomischen Rechte zu berauben. Berichte über Streiks, Kämpfe mit der Polizei und selbst über die Erschießung von Fabrikdirektoren sickern gegenwärtig überall im Land durch. Die *New York Times* vom 10. April 1994 berichtet:

"ein geheimer Regierungsbericht sickerte zu einer Hongkonger Tageszeitung durch ... und führte mehr als 6.000 illegale Streiks 1993 in China und mehr als 200 Fälle von Aufruhr auf. Bei vielen handelte es sich um Proteste gegen Entlassungen und nicht ausbezahlte Löhne in den geldknappen staatlichen Industriezweigen."

Die kämpferische chinesische Arbeiterklasse muß die Macht unmittelbar in ihre eigenen Hände nehmen und eine revolutionäre Arbeiterregierung, beruhend auf der Sowjetdemokratie, errichten. Der Schlüssel dazu liegt in der Schaffung einer politischen Führung, die dem Programm des revolutionären Trotzismus verpflichtet ist. Eine proletarische politische Revolution, welche die stalinistischen Herrscher vertreibt und die ausländischen Ausbeuter enteignet, wird nicht nur die sozialen Errungenschaften der Vergangenheit sichern, sondern auch eine Welle revolutionärer Erhebungen der kampfbereiten Arbeiterklasse Südkoreas, Japans und anderer Länder der Region entfachen und auf diese Weise das Tor zum Sozialismus im Weltmaßstab aufstoßen.

*(Zweiter von zwei Teilen - Übersetzung aus 1917 14: China: the Gathering Storm)*